

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages, ist durch die Expedition, Neue Graupenstraße 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 219.

Breslau, Mittwoch, den 19. September 1894.

5. Jahrgang.

Wie die Edelsten Thron und Altar schützen.

In der „Hamburger Bürgerzeitung“ vom 28ten Januar 1883, also vor mehr als elf Jahren, veröffentlichte unser unvergesslicher, leider jetzt nicht mehr unter den Lebenden weilender Freund Wedde einen Artikel, der heute wunderbar zeitgemäß ist. Den Anlaß bot eine Debatte im Reichstage. Der Artikel lautet:

Die traditionelle Bevorzugung des Adels in der preussischen Armee führte wieder einmal zu lebhaften Auseinandersetzungen im Reichstage. Jedes Lob des Adels, das den entsprechenden Tadel des nichtblauen Blutes in sich schloß, wurde von der „schweren Cavallerie“ auf der Rechten mit stürmischem Beifall begleitet, jeder Zweifel an einer besonderen Begabung ihres hochadligen Nachwuchses für das ernste Handwerk des Krieges von den versammelten Vätern mit Zischen und Zweifel aufgenommen. Bei dem Centrum wehte wieder einmal der Wind stark von rechts, Windthorst fuhrste daher mit dem schweren Ballast der Garde du Corps, als ob er ein alter Wachtmeister wäre, und Schorlemer ritt auf dem hohen Pferde seiner altadligen Reitern von der Rechten gegen die „Pony-Cavallerie“ der bürgerlichen Linken an — freilich ungefähr mit demselben Erfolge wie das berühmte Regiment Gendarmen gegen die leichte feindliche Cavallerie in der Schlacht bei Auerstädt.

Das Alles ist im Ganzen weder neu noch überraschend, überraschend waren nur einzelne der kühnen Behauptungen, die den Führern des Centrum als Brücke zu ihrem Spaziergange nach der Rechten des Hauses dienten. Wenn beispielsweise nach Herrn

Windthorst die Geschichte beweist, daß der preussische Adel stets Vorzügliches im Kriege geleistet habe, so ist es solcher Mythenbildung gegenüber Pflicht, immer wieder daran zu erinnern, daß es die Adelswirtschaft war, welche Preußen 1806 an den Rand des Abgrundes brachte, und daß der Adel in dem Augenblick versagte, wo die Rettung des Vaterlandes in seiner Hand lag. Lassen wir einmal einzelne Perioden nach der Schlacht bei Jena Revue passieren. Wir lesen darüber:

„Jetzt erst nach dem Unglück zeigte sich die Fäulnis des preussischen Staates, über die Mirabeau 20 Jahre vorher schon Kunde gegeben hatte, in vollem Umfang. Der Tag von Jena war das völlige Widerspiel des Tages von Rossbach. Die Franzosen erbeuteten eine ungeheure Menge von preussischen Offiziers-Equipagen mit Damen, Toilettengegenständen und Bekleidungen, ganze Wagen mit Hütern und Weinfässern, die zum Bedarf des Offiziercorps der Armee nachgeführt wurden. Schon am ersten Tage nach der Schlacht übergab das wichtige Erfurt Herr v. Pruschenk; er ward später ohne Abschied entlassen. . . . Am 25. October übergab Herr von Benkendorf, ohne einen Schuß zu thun, Spandau, die Citadelle von Berlin; er ward später ohne Abschied entlassen. . . . Das wichtige Stettin capitulierte am 29. October, der General Freiherr v. Romberg und der General Herr von Knobelsdorf übergaben es; „beide wurden kassirt“. Zwei Tage später, am 1. November, capitulierte Küstrin, auf dessen Wällen wenige Tage zuvor der König mit seiner Gemahlin gewandelt und den altadeligen Gouverneur Oberst Herrn von Jagersleben zu tapferer Gegenwehr angefeuert hatte. Raum war der König fort und die ersten französischen Husaren, 2—300 Mann, sprengten vor die Festung,

so ging v. Jagersleben, ohne nur einmal eine Anforderung abzuwarten, am ihnen Küstrin mit 3—4000 Mann Belagerung zu übergeben; er ward „zum Aufhebungskommandirt“. Die Herren v. Jagersleben und v. Knobelsdorf waren Menschen, denen Alts fehlte, bis auf den Mogen.“ Darauf kam der fürchterliche Schlag, die Capitulation Magdeburgs am 8. November. Herr Franz Casimir von Kleist, General der Infanterie und Ritter des schwarzen Adlerordens, des höchsten Ehrenzeichens der Monarchie, übergab „zur höchsten Schande und Schmach“ diese stärkste Festung der Monarchie, die, seit sie in preussischen Besitz gekommen, nicht wieder erobert worden war, mit 22,000 Mann, 19 zusammen 1300 Jahre zählenden Generalen, über 800 Offizieren und 800 Kanonen an Mey, der bis mit 10,000 Mann und einigen leichten Feldkanonen vor die Stadt gerückt war. Kleist kam durch mit Entlassung ohne Abschied. Ebenso „leichtsinnig und ehrlos“ capitulierten noch später während des Winters die schlesischen Festungen. Am 2. December übergab General Joachim von Reichardt, Ritter des Ordens pour le mérite, Glogau, die nach Magdeburg wichtigste Festung der Monarchie; am 5. Januar 1807 Herr v. Thiele Breslau; am 6. Februar Herr von Haake Schweidnitz. Kühnlich hielten sich nur Kolberg in Pommern durch seine Bürgerschaft unter dem alten Seemann Rettelbeck und dem berühmten Gneisenau, Graudenz in Preußen durch den alten 74jährigen Franzosen Baron Wilhelm René Courbière, Pillau in Preußen unter dem ebenfalls 74jährigen Oberst Johann Friedrich Herrmann (man sieht also, das Alter allein thut's nicht) und von den schlesischen Festungen Cosel unter dem erst 1799 geabelten David von Neumann, der während der Belagerung starb, und Olaz unter

Ohne Herz.

Original-Roman von Reinhold Ortman.

40]

Nachdruck verboten.

Paul mußte wohl seinen ersten Schmerz ziemlich überwunden haben, denn die Unordnung seines Anzugs war gänzlich beseitigt, sein zerrauftes Haar wohl frisirt, und auch der verstörte Ausdruck, welchen sein Gesicht vorhin bei der unerwarteten Ankunft getragen, hatte einer sehr wohl einstudierten erhebungsvollen Tranerminne Platz gemacht.

Die Buchhalter begrüßten den ältesten Sohn des Hauses zwar mit größter Achtung, aber, wie es dem Assessor scheinen wollte, doch nicht mit jener tiefen Ergebenheit, welche ihm als dem künftigen Chef des Hauses seiner Ansicht nach gebührte. Hartwig aber arbeitete ruhig weiter, ohne von seinem Erscheinen überhaupt welche Notiz zu nehmen. Er sah nicht einmal auf, als Paul von dem ersten Buchhalter kurz und herrlich die Kassenschlüssel forderte, und keine Muskel zuckte dabei in seinem Gesicht.

Desto verlegener aber war der Angeredete, ein seit vielen Jahren im Dienste Christoph Nicolais beschäftigter alter Mann.

Mit einer stammten Bewegung, welche gleichsam um Entschuldigung zu bitten schien, deutete er auf Hartwig und sagte leise:

„Die Kassenschlüssel habe ich sofort Herrn Stürmer ausgeliefert. Er hat Ihren Vater immer vertreten und

er weiß in allen Angelegenheiten der Firma Bescheid. Da glaubte ich, die Schlüssel würden in seinen Händen am besten aufgehoben sein.“

Paul warf ihm einen inqrimigen Blick zu und sagte so laut, daß es Hartwig nothwendig hören mußte:

„Wußten Sie nicht, daß ich hier sei, und daß ich als der älteste Sohn und der Nachfolger meines Vaters von diesem Augenblick an allein das Recht habe, hier Anordnungen zu treffen und Befehle zu ertheilen? — Lassen Sie sich die Schlüssel auf der Stelle zurückgeben! Nun — haben Sie mich nicht verstanden?“

In peinlichster Rathlosigkeit und Verlegenheit blickte der alte Buchhalter bald auf den Assessor, bald auf Hartwig, und er atmete erleichtert auf, als ihm der Letztere selbst zu Hilfe kam.

„Sie brauchen sich nicht zu bemühen, Herr Schmidt“, sagte er ziemlich kühl, „und ich ersuche Sie, uns für einen Augenblick allein zu lassen, ich habe mit dem Herrn Assessor zu reden.“

Natürlich beeilte sich Herr Schmidt darauf sehr, das Gemäch zu verlassen, und die beiden Feinde standen sich Auge in Auge gegenüber. Jeder von Ihnen fühlte, daß jetzt ein Kampf begonnen habe, der nur mit der völligen Unterwerfung des einen oder des anderen enden konnte.

„Ruthmählich wollen Sie sich den Zeugen der unerspreulichen Demüthigung ersparen, auf die Sie wohl schwerlich gefaßt gewesen sind! Aber nun lassen Sie uns auch die Sache kurz machen! — Geben Sie mir den Schlüssel und alles, was Sie sich sonst widerrecht-

lich angeeignet haben, heraus und theilen Sie mit gleichzeitig gefälligst mit, wann Sie die Wohnung in meinem Hause zu räumen gedenken; denn es ist selbstverständlich, daß unter diesem Dache nicht länger Platz für Sie sein kann!“

„Ich werde weder das eine noch das andere thun, ehe uns das Testament Ihres verstorbenen Vaters Aufschluß über seinen letzten Willen gegeben hat. Bis dahin habe ich mich auf seinem ausdrücklichen Wunsch als der Leiter des Geschäfts anzusehen, und ich kann Ihnen nicht gestatten selbstständig irgend welche Dispositionen zu treffen.“

Mit dieser Erklärung schien Hartwig die Unterredung als beendet anzusehen; denn er beugte sich wieder über sein Contobuch und würdigte sein Gegenüber keines weiteren Blickes.

Der Assessor, welcher auf eine derartige Weigerung denn doch nicht gefaßt gewesen war, verstimmt für einige Minuten, da er in seinem Gedächtniß nach einem Worte suchen mußte, das niedererschmetternd und zermalmend genug für diese Annahme sei; aber noch ehe er dieses Wort gefunden hatte, wurde er durch den Eintritt des Notars, welcher seinen Vater erst vor wenigen Stunden verlassen unterzogen. Man hätte dem Juristen den päpstlichen Tod Christoph Nicolais gemeldet, und er hätte es für seine Pflicht gehalten, sogleich zu erscheinen. Nachdem die üblichen Worte der Theilnahme gewechselt waren, theilte er den beiden Herren mit, daß es der Wunsch des Verstorbenen, welcher sein nahes Ende vorausgesehen habe, gewesen

Graf Othe: Die Commandanten dieser rühmlich vertheidigten Festungen, fand man, waren zumeist aus dem Bürgerstand heraufgekommene Offiziere, aber Hoch- und Adelige zumeist waren die Commandanten der so schändlich preisgegebenen Festungen."

Das ist die wahre Lehre der Geschichte. Im Uebrigen sollte man nicht vergessen, daß eine ähnliche Stelle wie damals bei den Abeligen, der hohle Name, heute bei den Bürgerlichen der volle Beutel spielt und daß erst dann eine wirkliche Besserung eintritt, wenn nicht mehr das Offiziercorps sich aus den Söhnen des Adels und des Patriziats rekrutirt, sondern wenn Diejenigen in der Stunde der Gefahr commandiren, welche sich dazu qualificiren, ja überhaupt, wenn gar keine Bevorrechtung mehr gilt, sondern nur eines entscheidet über die Stellung des Menschen im Leben: sein persönlicher Rath und seine persönliche Tüchtigkeit.

Johannes Webbe.

Politische Rundschau. Deutschland.

Ueber das „Actionsprogramm der Regierung“ im Kampf mit der Socialdemokratie polemisiert die „Nordb. Allg. Zeitung“ gegenüber der „Nationalztg.“: Diese hatte sich auf das Muster des Fürsten Bismarck und dessen Initiative zum Zusammenfassen der Cartellparteien berufen. Darauf antwortete die „Nordb. Allg. Ztg.“: „Als Fürst Bismarck aus Anlaß des Streites um die Septennatsvorlage zur Action überging und den Reichstag nach Hause schickte, wußte er, daß in dem bevorstehenden Wahlkampfe die wichtige Waffe des Cartells für die Sache der Regierung arbeiten und die Aussichten auf Erfolg wesentlich verbessern würde; der äußere Zeitpunkt, an welchem der öffentliche Appell an die Parteien erging, ist neben dieser Thatsache doch ganz irrelevant.“ Das Cartell sei damals auch nicht eine Schöpfung der Regierung gewesen, sondern aus der Initiative der Parteien heraus geboren worden. Die gegenwärtige Regierung handle einfach besonnen, wenn sie, ehe sie ihre entscheidenden Entschlüsse faßt, den Boden prüft, auf den sie tritt. „Wenn eine Macht im Begriff ist, einen Krieg zu eröffnen, und abgesehen von der eignen Kraft, über die sie sich vollkommen klar ist, auch die Tragweite der Unternehmungen prüft, auf die sie daneben zu rechnen hat, so wird die Ausfertigung, daß der „erste Punkt ihres Actionsprogramms darin bestünde, daß Andere etwas thun sollen“, Jedermann als ein insipider Scherz erscheinen. Das Gebiet der Reformen sei ein weites. Aber es stehe auch fest, daß auch nicht ein Schritt über dem Wege nach diesen Reformzielen ohne genaue Vorberedung hinsichtlich der Durchführbarkeit der Maßnahmen gethan werden kann. Wenn die Forderung der Parteiläuterung in der Presse der Parteien auf steinigem Boden falle, „so muß sich die Regierung — als erster Punkt ihres Actionsprogramms — der Aufgabe unterziehen, mit Hilfe angemessener Einwirkungen mehr Einsicht und bessere Entschlüsse aus ihnen herauszuarbeiten.“ — Dunkel bleibt dieser Rede Sinn."

In einem weiteren Artikel wiederholt die „Nordb. Allg. Zeitung“ die Forderung eines systematischen Entgegenwirkens der Ordnungsparteien gegen die socialrevolutionäre Bewegung. Es handle sich darum, die socialrevolutionäre Partei auf keinem Punkt des öffentlichen Lebens, weder auf politischem, noch wirtschaftlichem, noch gesellschaftlichem Gebiet Terrain gewinnen und in ein Machtgefühl hineinwachsen zu lassen. Bei allen Wahlen solle man das Augenmerk darauf richten, den Sieg von Socialdemokraten zu verhindern, bei wirtschaftlichen Terrorisirungen durch Streiks und dergleichen den bedrohten Einzelnen mit gemeinsamen Mitteln zu schützen.

Das hat man aber ja doch nun länger als zwei Jahrzehnte hindurch mit allen Mitteln der sogenannten „legitimen“ Gewalt versucht. Brutalere und rücksichtslosere Praktiken, als öffentliche Gemalten im Bunde mit den „Ordnungsparteien“ sie seither — besonders in der socialistengeseglichten Zeit — geübt haben, sind wohl kaum denkbar, sofern man nicht zum äußersten, selbst den letzten schwachen Schein „rechtsstaatlicher“ Institutionen verleugnenden Despotismus schreiten will. Wir sind auch darauf gefaßt, die Socialdemokratie braucht nicht mehr „in ein Machtgefühl hineinzuwachsen“, — sie ist längst eine Macht und wird es immer mehr. Wir spotten aller Bemühungen, uns zu verhindern, Terrain zu gewinnen. Jeder dahingehende Versuch unserer Gegner trägt erfahrungsgemäß nur zu unserer Stärkung bei.

Im Interesse der preussischen Junker hat der Minister Thielen eine Eisenbahn-„Reform“ vorgenommen, indem er eine Einschränkung der Arbeiter-Rückfahrkarten verfügte. Diese Karten sollen es solchen Arbeitern, welche die Woche hindurch entfernt von ihrem Wohnort arbeiten, ermöglichen, am Sonntag ihre Familie und ihren Wohnort zu besuchen. Der Preis solcher Karten beträgt die Hälfte des gewöhnlichen Fahrpreises vierter Klasse, also 1 Pf. pro Kilometer. Ein Freiherr v. Malchahn-Koibin verlangte im Herrenhause eine Einschränkung solcher Karten bis auf die Entfernung von 80 Kilometern, damit die in Berlin und Stettin thätigen Arbeiter nicht an Sonntagen die socialdemokratische Anstaltung auf das Land übertragen könnten. In Wahrheit glauben die Junker, durch solche Mittelchen die Freizügigkeit der Arbeiter zu Gunsten niedrigerer Löhne auf ihren Gütern beschränken zu können.

Um so schärfer ist es zu verurtheilen, daß Minister Thielen jetzt jenem Verlangen theilweise nachgegeben und vom 1. October ab die Rückfahrkarten aufgehoben hat für den Verkehr zwischen Berlin und Biez (104 Kilometer), Döllnroding (111 Kilometer), Düringshof (117 Kilometer), Dobrilugk-Rixdorf (102 Kilometer), Trebnitz an der Elbe (112 Kilometer), Roslau (126 Kilometer), Bitterfeld und Dessau (131 Kilometer) und Magdeburg (141 Kilometer). Daß auch noch andere Verkehrsbeziehungen davon betroffen werden, darf als sicher angenommen werden; die Einzelheiten sind nur noch nicht allgemein bekannt geworden.

Wir bemerken noch, daß schon bei einer Rückfahrkarte von 100 Kilometern dem Arbeiter ein Opfer von

2 Mark für den Besuch seiner Familie am Sonntag auferlegt war. Im Jahre 1892-93 haben durchschnittlich 37,000 Arbeiter im ganzen Staate von Rückfahrkarten Gebrauch gemacht. Die Eisenbahnverwaltung hat dabei keinen Schaden gehabt, sondern eine Einnahme erzielt, welche ihr sonst entgangen wäre.

In Erwägung der Interessen des Eisenbahnfiskus kann also die Einschränkung nicht erfolgt sein; nein, die Eisenbahnverwaltung giebt in Wahrung der Sonderinteressen des Junkerthums einen Vortheil preis.

In der bereits erwähnten Sache des Herrn Hans Blum bestätigt der „Vorwärts“, daß die Genossen Auer und Liebknecht bisher keine Anklage erhalten haben, und da die Strafantragsfrist verstrichen ist, können sie keine mehr erhalten. Aber das Material gegen Hans Blum sei brisant und werde in jedem Fall gegen den und die Urheber des Machwerks nebst patriotischen Complicen verwandt werden. Gewissen Leuten sollen die Augen übergehen.

Herr Hans Blum hält sich ja selbst für sehr schlau und er hat offenbar so calculirt, daß den Genossen in Plauen nicht so leicht Beweismaterial gegen ihn zugänglich sei, wie den Genossen Auer und Liebknecht. Da dürfte sich der Herr aber verrechnet haben. Das späte Stellen von Strafanträgen ganz kurz vor Ablauf der gesetzlichen Frist scheint übrigens zum juristischen System des Herrn Hans Blum zu gehören. Er hat es auch schon gegen uns in Anwendung gebracht. Glaubt er etwa, daß die Socialdemokraten ihr Beweismaterial verbrennen? Da hat er sich doch schon mehrfach getäuscht. Oder hofft er darauf, daß inzwischen unbedeutsame Zeugen gestorben?

Zu dem Reduement zwischen Bebel und Dr. Duidde in München wird der „Münch. Post“ aus Würzburg geschrieben: „Herr Duidde sagte u. A., wir, die deutsche Volkspartei, sind ebenso Verfechter der politischen Freiheit wie die Socialdemokratie, wir kämpfen Schulter an Schulter mit den Socialdemokraten für die Freiheit und Aufrechterhaltung und Verbesserung des directen Wahlrechtes“ — — — Beweise hierfür lieferte diese Volkspartei bei den letzten Reichstagswahlen, wo sie (die Volkspartei) in Stuttgart und Mannheim in der Stichwahl gegen Socialisten und für den nationalliberalen Candidaten stimmte, ebenso hier in Würzburg bei der Stichwahl für den Candidaten des Centrums gegen den Socialdemokraten. Nachdem von Seiten der Nationalliberalen, sowie des Centrums aber die schlimmste Reaction im Anzug ist, können die Socialdemokraten leicht errathen, was von dieser „Volkspartei“ zu erwarten ist und wie weit man sich auf diese Schulter an Schulter-Kämpferei verlassen kann."

Daß die conservative Opposition gegen die Aeußerungen des Kaisers an Kraft und Schärfe zunimmt, ist auch aus folgender Auslassung in dem vom freiconservativen Abgeordneten Dr. Arendt geleiteten „Deutschen Wochenblatt“ zu erkennen: „Wenn die Abeligen fortan der Krone keine Opposition machen dürften, so müßten dieselben, soweit sie den Parlamenten angehören, entweder den Adel niederlegen oder ihr Mandat, dürften sich ferner nicht

sei, die Zeitung seines Hauses möge im Falle eines plötzlichen Ablebens bis zur Eröffnung des Testaments in Hartwigs Händen bleiben; dies Testament aber werde erst am Tage nach der Beerbigung publicirt werden können. Der Assessor biß sich ingrimmig auf die Lippen, aber er war zu klug, nicht noch länger zu widersprechen. Als sich der Notar entfernt hatte, blieb es wieder eine Weile stumm zwischen den beiden Männern, und erst nach einem langen, langen Schweigen sagte der Assessor, ohne aufzublicken, und indem er seine Verlegenheit hinter einem möglichst kurzen und rauhen Ton verbarg:

„Für diese wenigen Tage kann ich mich immerhin dem angeblichen letzten Willen meines Vater fügen. Aber Sie werden die Güte haben, mir aus der Kasse gegen Quittung sofort die Summe von zehntausend Thalern auszahlen zu lassen.“

Auch Hartwig schaute nicht von seiner Arbeit auf, während er mit voller Gelassenheit zurückgab: „Eine solche Disposition würde meine Bejahung überschreiten. Ich getraue mich nicht, über so bedeutende Summen ohne Weiteres zu verfügen, und ich werde mich selbstverständlich bis zur Testamentseröffnung über meine Abfertigung von irgend welchem Belang enthalten.“

„Aber, Sie weigern sich herzugeben, was ich mir nach dem Testamentsinhalt ohne Bedenken schon herausnehmen darf? Haben Sie auch bedacht, daß zehntausend Thaler kaum den fünfzigsten Theil des Vermögens bilden, welches ich angeblich bereits besitze.“

„Wenn dem wirklich so ist, werden Sie mein Bögeru desto begreiflicher finden. Aus der Nachlassung darf ich Ihnen das Geld jedenfalls nicht überreichen. Ich bin indessen bereit, Ihnen dasselbe aus meiner eignen Tasche vorzustrecken, und Sie werden gut thun, mein Anerbieten anzunehmen.“

Es schien, als müsse Paul in der That mit dem Wünsche kämpfen, diesen Vorschlag anzunehmen, aber sein Trost gewann doch wieder die Oberhand über die ruhigere Ueberlegung und er verschmähte es sogar, auf Hartwigs Anerbieten ein Wort zu erwidern. Schweigend ging er davon, und niemand wußte, woher er die großen Summen genommen hatte, die er noch am Abend des nämlichen Tages in verschiedenen Briefen und Anweisungen nach der Hauptstadt schickte.

Die wenigen Tage bis zur Beisehung des Verstorbenen vergingen in schwüler und dampfer Atmosphäre und noch niemals hatte Christoph Nicolais Hans so stille Bemohner beherbergt, als gerade jetzt. Ramentlich Paulas Zustand war ein eigenenthümlicher und bejorgnisserregender. Eine eigenenthümliche Krankheit, wie sie jener heftige Nervenanfall hatte befürchten lassen, war zwar nicht zum Ausbruch gekommen; aber es war doch eine seltsame Veränderung in ihrem Wesen vor sich gegangen.

Sie saß schweigend und in dumpfem Finbräuen oft Stundenlang auf der nämlichen Stelle, hatte auf die an sie gerichteten Fragen kaum eine flüchtige Antwort und zeigte überhaupt nicht die geringste Theilnahme für das, was um sie herorging. Hartwig

hatte wiederholt den Versuch gemacht, sie, zur Erholung von ihrem furchtbaren Schrecken, zu seiner Schwester oder zu einer ihrer Freundinnen zu schicken; aber er begegnete bei jedem dieser Vorschläge einem so entschiedenen und unerschütterlichen Widerspruch, daß er es für das Gerathenste hielt, sie vor der Hand sich selbst zu überlassen. Alfred, den ein unglücklicher Zufall verhindert hatte, seinem Vater in des Todesstunde zur Seite zu stehen, war durch den unvorhergesehenen Schlag tief gebeugt; er hatte seinen Bruder Paul nur kurz und kalt begrüßt, und vermied es jetzt sorgfältig mit ihm allein zusammen zu treffen. Noch ängstlicher aber ging er seinem Schwager Hartwig aus dem Wege, und als sie sich einmal auf der Treppe begegneten, blickte er geflüstert zur Seite, um ihn nicht begrüßen zu müssen. Der Assessor aber war augenscheinlich durch eine ganze Reihe wichtiger Angelegenheiten sehr stark in Anspruch genommen.

Es hatte sich am folgenden Tag ein Besuch aus der Hauptstadt bei ihm eingefunden, und die geheimnißvollen Besprechungen mit demselben nahmen kein Ende. Von der Anwesenheit der Frau Grube und von dem gräßlichen Geschie ihrer Tochter hatte er noch keine Ahnung; denn die unglückliche Mutter wich keinen Augenblick von dem Schmerzeslager ihres unfählich leidenden Kindes.

(Fortsetzung folgt.)

wählen lassen, auch nicht dem Herrenhause an- gehören."

Die Redaction des „Deutschen Wochenblattes“, also Abg. Arendt, meint: Daß auch preussische Könige die Berechtigungen einer Opposition anerkannten, sagt nicht nur der Friedrich dem Großen beigelegte Ausspruch: „Ich bin müde, über Sklaven zu herrschen“, sondern noch mehr das beglaubigte Wort Friedrich Wilhelm IV.: „Ich liebe eine gesinnungsvolle Opposition“. Zugleich forhert Herr Arendt auf, eine Bewegung im Lande hervorzurufen, „um Seine Majestät zu überzeugen, daß mit aller Ehrfurcht und Treue vor seiner Person eine Opposition gegen seine Rathgeber und deren Politik sich vereinigen läßt und daß, wenn diese Opposition mit Königstreue ihm nicht vereinbar erscheint, die große Mehrheit der königstreuen Bevölkerung am politischen Leben sich nicht mehr betheiligen kann.“

Die Cavallerie soll als unnütz abgeschafft werden. Das ist die Parole einer großen Zahl militärischer Sachverständiger. Sie empfehlen die Abschaffung schon jetzt, damit man nicht erst im nächsten Kriege nach vollständiger Vernichtung aller Reiterregimenter durch Schaden klug werde. Das sind die Wunder des Achtmillimetergewehrs. Wir möchten bei dieser Gelegenheit die Sachverständigen fragen: Bleiben denn von einer Compagnie Infanterie, die mehr als 10 Minuten im Feuer war, mehr als 30 Mann unverfehrt? Am besten ist's daher, neben der Cavallerie auch Infanterie und Artillerie abzuschaffen.

Ein armer König. Dem freisinnigen „Fränkischen Courr.“ entschlüpft gelegentlich einer Polemik gegen die ultramontane Presse das offene Geständniß einer Thatsache, welche von der „liberalen“ Presse bisher mit Vergnügen gefälscht wurde. In bereitem Artikel des „F. C.“: „Noch einmal die Königskatastrophe“ liest man wörtlich: „Man ließ den König (Ludwig II.) in beständiger Angst vor Attentaten der Socialdemokraten schweben, und in der Residenz erzählte man sich Jahre lang von der Katastrophe, daß Minister Freiherr v. Feilitzsch sein Portefeuille nur der dem König plausible gemachten Vorstellung verdanke, als ob Herr von Feilitzsch der einzige und richtige Mann sei, um den Monarchen aus der ihm beständig drohenden Lebensgefahr zu retten.“ Commentar heute herzlich überflüssig!

Ein Culturbild aus dem deutschen Rechtsstaat wird uns in nachstehendem Bericht geboten, den wir bürgerlichen Blättern entnehmen:

Kempen, 9. September. Der Seidenweber H. aus Hülz war angeklagt wegen der Beschuldigung des Hausfriedensbruchs, der Sachbeschädigung und der Widerstandsklebung gegen die Staatsgewalt. Nach der Beweisaufnahme war das Sachverhältnis folgendes: H. befand sich an einem Sonntag gegen 10 Uhr Abends in angetrunkenem Zustande in der Schankwirtschaft B. zu Hülz. Er wurde, als er anderen Gästen lästige wurde, zum Verlassen des Locals aufgefordert, leistete aber dieser Aufforderung keine sofortige Folge, so daß er vor die Thüre befördert wurde. Draußen vermiffte er seinen Hund forderte die Herausgabe desselben; indeß wurde seine Forderung mit höhngelächter beantwortet. Erregt durch diese Verhöhnung, schlug der H. nunmehr

derart auf die Fenster, daß verschiedene Scheiben zertrümmert wurden, und begab sich schließlich auf den Heimweg zu seiner Wohnung. Drei bis vier Personen folgten aus der Wirthschaft, um ihren Muth an ihm zu fühlen. Die Verfolger belagerten sein Haus; es waren der Polizeidiener Sp., der Kleinhändler D. D. und die Gebrüder K. Die Spuren der Sabelhiebe des Polizeidieners sind nach den Zeugenbetreibungen noch heute auf der Hausthür des Angeklagten sichtbar. Der Angeklagte öffnete schließlich die Thüre ein wenig, um die Angreifer aufzufordern, doch endlich ihren Sturm einzustellen. Diese Gelegenheit benutzte der Polizeidiener, indem er mit seinem Sabel einen wichtigen Hieb gegen den im Hausgange stehenden Angeklagten führte und dem Angeklagten das ganze Ohr abschlug. Der Angeklagte wurde dann auf die Straße geschleppt, hier von allen Bieren gefaßt und hinter Schloß und Riegel gebracht. Auf dem Transport zum Depot will der Angeklagte durch häufige Fußritte des Polizeidieners mißhandelt worden sein. Ebenso behauptet der Angeklagte, daß er, nachdem er vielleicht eine Stunde in der Gefängniszelle gesessen, den Besuch des Polizeidieners bekommen und daß dieser bei der Gelegenheit ihn nochmals arg geprügelt habe. Zum Beweise hierfür berief sich der Angeklagte auf das Zeugniß des Nachwächters K. in Hülz. Das Gericht sprach den Angeklagten von der gegen ihn erhobenen Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt frei, erkannte aber wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung auf 20 Mark Geldstrafe. Wie die „Niederrheinische Volks-Zeitung“ dem vorstehenden Bericht hinzufügt, war von Seiten des Angeklagten das Sachverhältnis, wie es in dem Termine zur Hauptverhandlung durch sechs einwandfreie Zeugen eiblich bekundet ist, bereits früher unter Angabe der Beweismittel der königlichen Staatsanwaltschaft mitgetheilt worden. Man hat jedoch bis jetzt nichts davon gehört, daß sie gegen den Polizeidiener vorgehen werde.

In Ländern, wo die Freiheit der Person gesichert ist, wie in England und Frankreich, sind derartige Vorgänge einfach undenkbar. Kein Polizeibeamter könnte derartiges wagen, denn nicht bloß Absezung, sondern auch strengste Bestrafung wäre ihm sicher. Und mehr als das — solchem Vorgehen gegenüber ist dort Selbsthilfe erlaubt. Wurde doch in Paris sogar unter dem Kaiserreich ein Bürger freigesprochen, der einen widerrechtlich Gewalt brauchenden Polizeibeamten erschossen hatte.

In Deutschland muß der gute Bürger sich widerstandslos von Polizeidienern durchprügeln und gelegentlich zur Abwechslung von Schildwachen als lebendige Scheibe benutzen lassen. Mußt er sich — so wird er noch obendrein bestraft — von Rechtswegen.

Vergebliche Liebesmäh! — Die Dresdener Staatsanwaltschaft hat, nachdem sie mit ihrem „Erpressungsproceß“ gegen etliche unserer Genossen so arg Fiacko gemacht, kürzlich verschiedene Vertreter dortiger Brauereien nach der Richtung vernommen, ob von den Letzteren etwa an die Socialdemokraten auf deren Anfordern Geldsummen gezahlt seien, um diese Partei zu bewegen, auf die Hergabe der Localitäten der Brauereien zu Versammlungen zc. zu verzichten. Man nahm an, daß G. ldsommen für die Verschonung der Brauereien mit dem Boykott gefordert sein könnten. Die Vernehmung ist ergebnislos gewesen, derartige Geldforderungen sind nicht gestellt worden.

Was „man“ doch nicht Alles „annehmen“ kann, um die böse Socialdemokratie zu treffen!

Vom internationalen Lockspiegelkönig, dem „falschen Baron Ungern-Sternberg“, mit seinem richtigen Namen Jagolkowski, heißt Felix Boltowski in „Free Russia“ („Frei Rußland“) mit, daß der Biedermann u. A. auch von den russischen Consulaten in Marseille, Nizza und Berlin Geld für Dynamit-Attentate bezogen hat. Bei dem Berliner Consulat könnte unsere Regierung doch einmal Anfrage halten. Daß der Lumparius von der russischen Gesandtschaft in Paris Geld erhalten hat, wurde bereits mitgetheilt. Jetzt ist er glücklich nach Rußland gekommen und im schützenden Polizeihafen. Und so bald wird er sich wohl nicht nach der Stätte seiner bisherigen Thätigkeit zurückwagen, so daß die 10,000 Francs Fanglohn, welche die belgische Polizei auf ihn gesetzt hat, vorläufig unverdient bleiben dürften.

Politische Interviews haben bekanntlich keinen anderen Zweck, als Bosheiten und — Dichtungen in die Welt zu schicken, ohne daß man dafür die persönliche Verantwortlichkeit übernimmt. Vom Interviewer kann man ja immer sagen, er habe sich verhört oder habe mißverstanden. So gebrauchte Bismarck das Interview, so wollte jüngst sein bulgarischer Nachfolger, Stambulow, es gebrauchen, fiel dabei aber herein und so gebraucht es jetzt der russische Finanzminister Witte, der zwar keine Bosheiten sagt — im Gegentheil: die zukünftigen Liebenswürdigkeiten, aber in Bezug auf die russische Politik das Blau vom Himmel herunterläßt. So hat er z. B. behauptet, Rußland denke nicht daran, den status quo in Europa und Asien zu verändern. Thutische ist, daß es eine fortwährende Ministerarbeit verrichtet — in Asien Woche um Woche seine Vorposten weiter vorstößt und auf der Balkanhalbinsel ununterbrochen wühlt und conspirirt. In Bulgarien und Serbien namentlich entwickelt der russische Rubel eine fabelhafte Thätigkeit und in Serbien kann jeder Tag einen Ausbruch bringen.

Unterm neuen Curs. Der Beschluß, mit welchem die Chemnitzer Amtshauptmannschaft die Kappeler Einzelmitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes „auflöste“, hat folgenden Wortlaut:

Beschluß der königlichen Amtshauptmannschaft Chemnitz vom 28. August 1894.

Der deutsche Metallarbeiter-Verband befaßt sich nach § 2 seiner Statuten, nach Inhalt der denselben beigedruckten Verhaltensmaßregeln bei Arbeitseinstellungen zc., sowie der von dem Verbands verbreiteten Flugblätter und wie auch aus den Verhandlungen der im Juli d. J. stattgefundenen Konferenz der Sächsischen Metallarbeiter zu Wurgun hervorgeht, mit öffentlichen Angelegenheiten im Sinne von §§ 19, 24 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 und geht nach dem Wortlaute von § 2 des Statuts hinsichtlich seiner Zwecke über den Rahmen des § 152 der Reichsgewerbe-Ordnung weit hinaus.

Der deutsche Metallarbeiter-Verband steht hinsichtlich seiner, aus § 14 seines Statuts, sowie § 2 der vom Verbands aufgestellten Verhaltensmaßregeln bei Arbeitseinstellungen, Sperren zc. sich ergebenden Gliederung in örtliche Verwaltungsstellen, beziehungsweise Filialen oder Zahlstellen und dergleichen mit §§ 24 und 25 des Sächsischen Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 in Widerspruch.

Wenn nun auch die in Kappel bestehende örtliche Organisation des Verbandes die ausdrückliche Bezeichnung:

Jean Cavalier, der Bäckergesell.

Revolutionführer der Cevennenstreiter.

Nach dem Französischen von August Heine.

Nachdruck verboten

(Fortsetzung.)

Diese Affaire hatte für die Protestanten einen ganz ungeahnten Erfolg. Nicht allein, daß Jean Cavalier in der ganzen Welt bewundert wurde, sondern auch, daß der König Ludwig XIV. zu dem Entschlusse gelangte, mit Jean Cavalier Frieden zu schließen.

Der König war gewissermaßen dazu gezwungen, da seine Feldzüge in Holland und am Rhein unglücklich verlaufen waren und er seine ganze Kraft zusammennehmen mußte, um sich seiner äußeren Feinde zu erwehren.

Das Scheusal Marschall von Montrevel wurde also vom Kriegsschauplatz der Cevennen abberufen und Marschall von Villars mit geheimen Instructionen versehen, an dessen Stelle ernannt.

Man kann sich die Wuth des Marschall von Montrevel vorstellen, als er sah, daß er bei seinem obersten Kriegsherrn in Ungnade gefallen war, weil der Hof zu der Ueberzeugung gelangt war, daß die Schreckensmaßregeln, welche der Marschall vorge schlagen, nur dem Lande die furchtbarsten Wunden geschlagen, ohne zur Niederwerfung des Aufstandes zu führen.

Der alte Kriegsknecht fühlte nur das eine Verlangen, die Paar Tage, welche ihm bis zur Ablösung geblieben, auszunützen, um sich in den Augen seines Königs und des Gesamtvolkes wieder in Achtung zu setzen.

Er organisirte die Freicorps der katholischen Bevölkerung, welche ihm Spiondienste leisteten und die Camisarden im Gebirge selbst auffuchen mußten. An Belohnungen ließ es der Marschall nach keiner Seite fehlen.

Um seinen Plan zu verhehlen, machte er bekannt, daß er am 16. April sein Commando niederlege, ließ seine Equipagen in Stand setzen und schickte Ablösungspferde voraus.

Während dieser Zeit nützte Jean Cavalier seinen Sieg nach Kräften aus, zog von einem Ort zum anderen, hängte die Priester auf, steckte die Kirchen in Brand und zog den Zehnten von den Bewohnern ein.

Die Armee Cavaliers war zu dieser Zeit so gut im Stande, wie nie zuvor. Das kleine Heer war vollständig disciplinirt und zog mit Musik, Trommeln und Pfeifern herbei, die fliegenden Fahnen voran.

Seine Erlasse zeichnete er: „Jean Cavalier, der Fürst der Cevennen.“

Die Camisarden zogen gegen Boucoiran, einer kleinen Stadt, welche sie einnahmen, von dort nach Saint-Denis, wo Jean die Wille kröhren ließ. Eben so nahm er Caveirac ein, wo sich Garnison und Priester in der Kirche verschanzt hatten.

Die Protestanten erhoben den Zehnten, ließen die verschanzten Soldaten unbehelligt und zogen nach Nages. Hier erfuhr er den Rücktritt Montrevel's.

Alles dieses war jedoch dem Letzteren durch Spione genau hinterbracht, und in aller Stille marschirte er am 15. April nächtlicher Weise mit allen Truppen, welche er weit und breit zusammenziehen konnte, gegen die kleine Hugonottenarmee.

Montrevel hatte in seiner Armee Infanterie, Dragoner, ein Regiment Irländer, ein Regiment Schweizer und die Mannschaften verschiedener Garnisonen von Burgen und besetzten Städten. Rechnet man auch noch die aufgebotene Bürgerwehr und die Freicorps der Kreuzjäger dazu, so gebot Montrevel über etwa zwölftausend Soldaten, denen die kleine Armee Jeans von zweitausend Mann Infanterie und fünfhundert Reitern entgegenstand.

Die Camisarden hatten sich, nachdem sie Caveirac verlassen, in ein Gehölz bei Boiffieres gelagert; sie schloffen; die Fußsoldaten hatten ihre Waffen neben sich, die Reiter ruhten neben ihren Pferden, den Zügel im Arme. Auch Cavalier schlief. Nur sein jüngster Bruder, zehn Jahr alt, wachte. Plötzlich fühlte sich Jean Cavalier heftig am Arme geschüttelt, und er vernahm den Ruf: „Zu den Waffen! Zu den Waffen! Der Feind ist da!“

Es war Grandval, der Commandant von Lunel, welcher das schlafende Lager überrascht hatte.

Eine kurze Verwirrung und Ueberraschung, und die Camisarden hatten ihre Lage begriffen. Sie warfen

„örtliche Verwaltungsstelle“, bezw. „Zahlstelle“ nicht führen sollte, so ist doch aus den vorhandenen Einrichtungen — der dauernden Vereinigung einer geschlossenen Mitgliedschaft um einen selbstgewählten Vertrauensmann, für deren locale Zwecke, der am Orte eingehenden Beiträge zurückgehalten werden u. s. w. — zu entnehmen, daß auch in Kappel ein gleicher verbotener Localverein besteht.

Diese von dem Schlosser und Expedient Hermann August Krauß in Kappel errichtete, bezw. geleitete örtliche Organisation des deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird daher hiermit aufgelöst, und die am 26. dieses Monats durch die Gendarmerie dort weggenommenen Schriftstücke und sonstigen auf die örtliche Verwaltungsstelle in Kappel bezüglichen Gegenstände werden bis auf Weiteres mit Beschlag belegt.

Herr Gemeindevorstand Kühn in Kappel wird veranlaßt, dem p. Krauß Vorstehendes zu Protocoll zu eröffnen. Der Erfolg ist bei Rückgabe gegenwärtiger Katenlage anzuzeigen.

Die Befolgung der vorstehenden Verfügung ist zu überwachen, insbesondere sind etwaige Umgehungen derselben zu verhindern.

Dr. Rumpelt.

Genau dieselbe abschrittliche Auflösungsverfügung hat auch der Vertrauensmann der Hilsersdorfer Metallarbeiter, Genosse Friedrich erhalten. Die Metallarbeiter werden auf Grund dieser Verfügung beschwerde führen.

Die Namen der Parteigenossen, gegen welche die Chemnitz Staatsanwaltschaft vor dem Schöffengericht zu Stollberg Strafantrag gestellt hat, lauten: Karl Ernst Förster, Louis Auriq aus Thalheim, Friedrich Pflüger, Gornsdorf, Ernst Thierfelder, Karl Flohrer, Auerbach, Heinrich Schulz, Brünlos, Ernst Lisch, Friedrich Böhme, Paul Böhme, Friedrich Drechsel, Bruno Thierfelder, Karl Uhlmann, Ernst Wagner und Emil Wagner, Meinersdorf. Das Vergehen soll darin bestehen, daß sie als Vertrauensmänner dem Textilarbeiter-Verband vorgehanden, sowie an einer verbotenen Vereinigung Theil genommen hätten. — Am Montag sollte eine allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung stattfinden mit der Tagesordnung: Die Bestrebungen der Arbeiter auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete und Wahl einer Agitationskommission für die Gewerkschaftsbewegung. Referent: Ernst Grenz. Diese Versammlung wurde von der Polizeibehörde auf Grund des § 5 des Vereinsgesetzes verboten.

Die Stadt Meerane ist jetzt auch mit dem bekannten Kinderseierlasse bealüdt worden. Die neueste Bekanntmachung des Meeraner Stadtrathes lautet:

Zur Veranstaltung von Kinderfesten, welche an öffentlichen Orten abgehalten werden sollen, oder welche von Gait- und Schandwirthschaften, beziehentlich von mit öffentlichen Angelegenheiten sich beschäftigenden Vereinen oder von ostentundigen Anhängern einer politischen oder kirchlichen Partei veranstaltet werden, sowie ferner zur Verhütung von Schulkindern an öffentlichen Festen der Erwachsenen, insbesondere an solchen Festen, welche gleichzeitig mit Tanzveranstaltungen in demselben Grundstücke stattfinden, bedarf es jedes Mal der Genehmigung der Bezirks-Schulinspektion und des Stadtrathes.

Die Veranstaltung von Festen für Schulinder ohne die erforderliche vorgängige Genehmigung der Bezirks-Schulinspektion und des Stadtrathes, sowie das Zuwiderhandeln gegen die Erlaubnisbedingungen oder gegen etwaige Anordnungen bezw. Verbote der Aufsichtsbeamten werden mit einer Geldstrafe bis zu 50 Mk. oder Haft bis zu 8 Tagen geahndet.

den Feind mit Verlust zurück und verfolgten denselben nach allen Richtungen.

Reiterei und Fußvolf der Camisarden zerstreuten sich über das Schlachtfeld. Das Pferd Jean Cavaliers ward erschossen.

Diese Vorgänge hatten etwa eine Stunde gedauert, als die Camisarden neue Truppen heranziehen sahen.

Die Reiterei der Reformirten machte einen Reiterangriff und zog sich dann zurück. Das Fußvolf der Salugaten ward gesammelt und in Schlachtordnung aufgestellt. Jean Cavalier hatte das Kopf eines gefallenen Dragoners bestrichen.

Die Reihen der Camisarden ordneten sich — es war die höchste Zeit, denn schon erblickten sie die anrückenden Colonnen des Marschalls von Montrevel. Jean Cavalier durchschaute den Plan der Gegner schnell — seine Armer war von allen Seiten eingeschlossen, es blieb nichts weiter übrig, als sich durchzuschlagen.

Aber noch welcher Seite? Wo ist der Feind am nächsten? Jean Cavalier kannte die Gegend, in der er sich befand, zu wenig. Dem schlechten Rath eines Hünners folgend, machte er seinen Angriff unglücklicher Weise gerade dahin, von woher der Hauptdruck des Feindes erfolgte. Er griff diejenigen Truppen an, welche von Mevon commandirt wurden.

(Schluß folgt)

Gesuche um Genehmigung zur Veranstaltung von Festen gedachter Art beziehungsweise um Zulassung von Schulkindern zu den Festen Erwachsener sind, und zwar mindestens acht Tage zuvor, bei dem Stadtrathe einzureichen.

Es bleibt nur zu wünschen, daß diese Beschränkung auf alle Parteien ausgebeht, auch gleichmäßig durchgeführt wird bei den religiösen Bestrebungen gewisser Vereine, wie bei denen der politischen.

Ausland.

Italien.

Die Verlogenheit Crispi's hat sich vielleicht bei keiner früheren Gelegenheit so kraß und cynisch geäußert, wie bei seiner letzten Rede in Neapel, die auch wir mitgetheilt haben. Hier hatte er die Stirn — von seinem unflätigen Schimpfen auf Bestrebungen, denen er selbst früher huldigte, ganz abgesehen, — mit seiner neuen Devise: „für Gott, König und Vaterland!“ sich auf Mazzini zu berufen und diesen als Vater jener Formel zu bezeichnen. Frecher ist nie gelogen und gefälscht worden. Mazzini war Republikaner vom Augenblick an, wo er ins politische Leben trat, und dieser reine Charakter war eines Principienverraths unfähig. Der Wahspruch des deutschen Mazzini war „Gott und das Volk“ — Dio o Popolo. — Könige betrachtete Mazzini bis zu seinem Tode als Feinde des Menschengeschlechts, obgleich er, aus Nützlichkeitsgründen, den revolutionären Plänen der Savoyer-Dynastie nicht entgegentrat. Für Crispi fühlte er eine tiefe Verachtung und diese Verachtung that sich zusammen mit dem Haß gegen die Monarchie in der berühmten Prophezeiung: Crispi ist der letzte Minister der Könige von Italien. Wir wissen, mit welcher Energie Crispi an der Verwirklichung arbeitet.

Die Rede Crispi's wird von der gesamten liberalen und radicalen Presse Italiens als einen Principienverrath schlimmster Art, als eine Capitulation vor dem Papst angesehen. Und mit Recht. Das Handelsgeheim mit Eryträa — dessen wir schon erwähnten — beweist, daß es sich nicht um eine flüchtig hingeworfene Phrase handelt.

Die italienische Presse wird überhaupt immer heftiger in ihrer Opposition. Auch die heillose Colonialpolitik bietet Stoff zu scharfen Angriffen.

Rom, 15. September. In den letzten Tagen wütheten in Piemont, Ligurien, Calabrien und auf Sicilien große Waldbrände. Man vermuthet, daß dieselben von verbrecherischer Hand angelegt wurden.

Frankreich.

Zum Jahrescongrèß in Nantes, dem zwölften der französischen Arbeiterpartei, waren am Vorabend — den 13. d. Mts. — schon angemeldet die Vertreter von 80 Städten und von 300 Organisationen. Unter den Abgeordneten, die theilnehmen, ist auch Jaures, von dem es irrthümlich geheißen hat, daß er sich der Arbeiterpartei nicht anschließen wolle.

Wie die „Petite Republique“ meldet, hat die Polizei auf die Wirtze von Nantes einen Druck ausgeübt, daß diese keine socialistischen Delegirten beherbergen sollten. Also auch dort diese kindischen Praktiken. Die Wirtze von Nantes haben sich aber das Geschäft nicht verderben lassen.

England.

„Noblesse oblige.“ Die „Westminster Gazette“ geht mit dem englischen Adel scharf in's Gericht: „Was that der Adel für die großen Wohlthätigkeitsanstalten? Das Leitwort des Adels ist, daß, seitdem das neue Budget Sir William Harcourt's die reichen Erbschaften zur höheren Besteuerung herangezogen hat, die Adelige es nicht erdulden können, ihren nächsten Gates zu thun. Was giebt man der reichen englische Adel? Die englische Kirchen-Missions-Gesellschaft hat eine Jahresrechnung von £200,000. Der englische Adel trägt dazu £18 18 Sch. bei. Die Damen sind noch am müßthätigsten, denn sie haben £255 beigetragen. Was die Londoner Hospitaller betrifft, hat sich der Adel ebenso wenig ausgezeichnet. Von einigen Londoner Hospitallern giebt es keine Beitragslisten, wie vom Guy und St. Thomas Hospital. Es giebt aber auch noch andere Hospitaller in London. Sie stehen unter dem Patronat der Königin oder des Prinzen von Wales. Was giebt den großmüthigen Adel? Für das West London Hospital ist £15. Das ist vielleicht ein kleines Bröckchen. Vom Middlesex Hospital kann man das nicht sagen. Dieses erhält von freiwilligen Beiträgen jährlich £28,000. Davon giebt der englische Adel £21. Beim London-Hospital stellt sich das

Verhältniß noch schlimmer. Das London-Hospital bekommt jährlich an freiwilligen Geschenken £21,000. Der Adel steuert nur £21 bei.“

Rußland.

Russisches. Unsere rumänische Genossin Arbore wollte ihre Verwandten in Rußland besuchen, da sie aber als „staatsgefährlich“ bekannt ist, frug sie beim russischen Consul in Rumänien an, ob sie auch in Rußland nicht beunruhigt werden wird. Der Bescheid lautete bestimmt auf: nein. Nach einer sechstägigen Reise kam an ihrem Ziel angelangt (Samara), meldete sich bei ihr der Gouverneur der Provinz, zeigte ihr eine Ausweisungsbordre vor vom Minister des Innern Durnowo, und ohne ihr auch nur einen Tag der Erholung zu gönnen, wurde sie in Begleitung zweier Gensdarms über die Grenze geschickt. — Ganz wie bei uns! müssen wir hinzufügen. Und ebenso gut wie „Russisches“ hätten wir diese Notiz auch betiteln können: Deutsches.

Dänemark.

Zur politischen Lage. Aus Kopenhagen wird der „Frankfurter Zeitung“ unterm 12. d. Mts. Folgendes geschrieben:

In hiesigen Reiztenkreisen sieht man den am 19. September stattfindenden Landstingwahlen mit großer Besorgniß entgegen. Die Wahlmännerwahlen sind, wie bereits früher erwähnt wurde, in vielen Landbezirken zu Gunsten der radicalen Gruppen der Linken und der Gegner des Ausgleichs ausgefallen und die Rechte fürchtet daher, daß sie mehrere Sitze im Landsting verlieren werde. Von den zu besetzenden 28 Plätzen hat die Rechte bisher 19 inne und von den Vertretern derselben werden höchstens neun wieder gewählt werden, während für die übrigen zehn Sitze in Folge von Todesfällen, Wohnungsveränderungen und dergleichen neue Männer gewählt werden müssen. Dazu kommt noch, daß die Agrarier sich sehr eifrig bemühen, um im Landsting einige Plätze zu gewinnen, denn diese Versammlung hat bisher, obgleich sie die größten Gutsbesitzer des Landes unter ihren Mitgliedern zählt, eine agrarfeindliche Haltung eingenommen. Die Agrarier versuchen nun, zwei der größten Gutsbesitzer Dänemarks, den Hofsägermeister Schested auf Fünen und den Baron Reedtz-Thott, zu verdrängen, um agrarische Vertreter an ihre Stelle zu setzen. Sollte ihnen dies gelingen, so würde die Rechte dabei einen großen Verlust erleiden. Vorläufig sind die Aussichten für die Conservativen sehr ungünstig.

Spanien.

Der Congreß der spanischen Socialisten, der vom 29. August bis 1. September in Madrid tagte, erklärte sich einstimmig für solidarisch mit der Haltung der General-Union der Arbeiter, die in einem Gesuche an die Regierung den Wunsch ausgesprochen hatte, daß der Ausnahmezustand in Barcelona aufhören möge, und daß die ungesunden Erdbütten, in welchen die Bergleute in Biscaya wehnen müssen, abgeschafft werden. Der Congreß billigte die Haltung des Centralausschusses und die des Delegirten zum internationalen Congreß in Zürich. Dann wurde in längeren Debatten ein neuer Organisationsentwurf die Partei beraten und beschlossen.

In Bezug auf die Parteipresse wurde beschlossen, daß vorläufig nur ein einziges officielles Parteiorgan erscheinen soll, unbeschadet der jedem Genossen gewährten Freiheit, auf seine Kosten so viel socialistische Blätter herauszugeben, als er nur will. Dann wurde ein Antrag des Genossen Iglecias angenommen, nach welchem auf dem nächsten internationalen Socialisten-Congreß die spanische Abordnung das Mandat haben soll, die Herausgabe eines vierteljährlich erscheinenden internationalen Bülletins zu beantragen, welches einen Ueberblick über die gesammte socialistische Bewegung enthalten soll, und die in Zürich ausgesprochene Beurtheilung des Generalfreilichs streng aufrecht zu erhalten. Genosse Iglecias verlas dann das Manifest, das die Congreßabgeordneten an die spanischen Arbeiter richteten, und von welchem einstweilen 30,000 Exemplare gedruckt werden sollen. Als Sitz des Landauschusses wurde Madrid gewählt. Dann wurde bestimmt, daß der nächste Congreß in Malaga stattfinden soll. Zum Vorsitzenden des Landauschusses und zum Leiter des Parteiorgans wurde einstimmig Genosse Iglecias ernannt. Genosse Duejido schloß die Sitzung und den Congreß mit einer brillanten Rede, in welcher er den Unterschied zwischen der bürgerlichen und der socialistischen Partei hervorhob und die traurige Lage der Arbeiter und Handwerker in Catalonien beleuchtete.

Am 31. August besuchte eine Commission des Con-

großes, in welcher vornehmlich die Provinzen Katalonien und Biscaya vertreten waren, den Minister des Innern, um ihn zu ersuchen, daß den Bergleuten in Bilbao eine bessere Behandlung zu Theil, und daß endlich der Ausnahmezustand in Barcelona aufgehoben werde. Die Commission betonte, daß sie für die Bergleute nicht um Verringerung der Arbeitszeit oder um Erhöhung des Tagelohnes bitte, da das Sache der Bergwerksbesitzer und nicht der Regierung sei; sie verlange nur, daß die Behörden aus Gründen der Menschlichkeit und der Hygiene dafür Sorge tragen sollen, daß die ungesunden Erdböden, in welchen die Bergleute wohnen, vom Erdboden verschwinden. Der Minister versprach, sich für die Verbesserung der Arbeiterwohnungen in den Minenbezirken von Biscaya interessieren zu wollen; dagegen lehnte er die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Barcelona rundweg ab; die Regierung könne nicht eine solche Verantwortlichkeit auf sich laden und den Ausnahmezustand gegen den Rath der Provinz- und Localbehörden aufheben. Verfassungsmäßige Rechte sollen jedoch respectirt und die Organisation der Arbeiter soll in keiner Weise beschränkt werden, so lange die Letzteren nicht die Grenzen des Erlaubten überschreiten (!!).

Bulgarien.

Die Wahlen zur Sobranje (Nationalversammlung) sollen in diesem Jahre stattfinden. Die neue Regierung hat zwar erklärt, die Wahlen ganz frei zu lassen und sich in keiner Weise einmischen zu wollen, allein das sind Worte, die durch die bisherigen Thaten der Regierung Lügen gestraft werden. Ganz so brutal, wie unter Stambuloff — der sich durch sein blödsinniges Schimpfen beiläufig ganz in die Gewalt der neuen Regierung gebracht hat — treibt diese letztere es allerdings nicht, aber die Polizeiwirtschaft dauert fort, die Presse ist noch immer geknebelt, und bei den Gemeindevahlen, die nach Stambuloff's Sturz vorgenommen wurden, arbeitete die Regierung ganz mit den alten Stambuloff'schen Praktiken.

Amerika.

Moderne Nordkuben. Nach einer Meldung der „New York World“ aus Lima hat der Präsident von Peru befohlen, alle gefangenen Rebellen über den Majorsrang hinaus zu erschießen.

Asien.

Von Puna in Britisch-Indien werden Ruhestörungen aus religiösen Gründen gemeldet. Die Muhammedaner und Hindus gerathen hart unter einander, eine Moschee wurde geplündert und es sollen Menschen getödtet und verwundet worden sein. Derartige Kämpfe um die Religion sind nichts seltenes — es giebt ja keine Religion, die nicht die Liebe im allgemeinen predigte und den Haß gegen den Andersgläubigen einflößte. In Indien ist aber sehr viel gefährlichen Zündstoffs aufgehäuft, die Russen wühlen überall, wo sie hinkommen, gegen die Engländer, und so sind derartige Krawalle nicht leicht zu nehmen.

Auf Korea soll ein Aufstand der Eingeborenen ausgebrochen sein, der den japanesischen Eindringlingen viele Schwierigkeiten bereite.

Vom Krieg in Ostasien wird der „Times“ aus Hongkong gemeldet: Nach in Tientsin aus Ping-Yan eingetroffenen Nachrichten griffen die Japaner in der Nacht vom 12. September die Chinesen an, wurden aber zurückgeschlagen. Das Gefecht soll äußerst blutig verlaufen sein. Die japanischen Kriegsschiffe kreuzen im Golf von Petchili.

Sociale Uebersicht.

Der Congress der britischen Gewerkschaften,

welcher vom 3. bis 8. September in Norwich tagte, war von ca. 390 Delegirten besucht, also weniger zahlreich, als seine letzten Vorgänger. Es ist dies hauptsächlich Folge der immer stärkeren Beobachtung der Vorjchrift, daß kein Delegirter zugelassen wird, dessen Organisation nicht einen gewissen Beitrag an das parlamentarische Comité geleistet hat, der nach der Kopfzahl der vertretenen Mitglieder bemessen wird. Organisationen mit großer Mitgliederzahl und schwachen Finanzen oder geringer Finanzkraft ihrer Mitglieder sind daher verhindert, sich im vollen Verhältniß ihrer numerischen Stärke vertreten zu lassen, da zu der Vertretungssteuer noch die Kosten der Delegation kommen. Und diese sind für einen Congress, der sich über eine ganze Woche erstreckt, keine geringen.

Ohne weitere Vorbemerkungen können wir uns zu den Verhandlungen und Beschlüssen des Congresses selbst wenden. Dieselben sind zum Theil von der allergrößten Wichtigkeit.

Bekanntlich sind die britischen Gewerkschaften oft genug von der bürgerlichen Presse als „Bollwerke gegen den Socialismus“ bezeichnet worden, so lange sie sich mit ihrer Thätigkeit auf das rein wirtschaftliche bezw. gewerkschaftliche Gebiet beschränkten und nicht wissen wollten von einer selbstständigen Arbeiterpartei und -Politik. Erst noch vor wenigen Monaten hat diese

Presse anläßlich des internationalen Bergarbeiter-Congresses in Berlin behauptet: der praktische Sinn der englischen Arbeiter vertrage sich nicht mit den „socialistischen Utopien“ und der „Phrasie vom Internationalismus“; die englischen Arbeiter-Organisationen seien „für Aufrechterhaltung der Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung“, wenn sie auch nicht selten höchst störend in das wirtschaftliche Leben eingegriffen hätten durch Massenstreiks zc. — Und nun muß diese selbe Presse berichten, daß die Verhandlungen und Beschlüsse des Norddeutschen Congresses einen großen Sieg des Socialismus bedeuten!

Das ist die Wahrheit. Da kommt zunächst die Ansprache des Präsidenten Delves in Betracht. Er verkündete, ohne Widerspruch zu erfahren, unter begeisteter Zustimmung, daß die Zeit der Streiks vorüber sei und die Zeit der selbstständigen politischen Action der Arbeiterklasse begonnen habe. Es gelte, die politische Macht in der Gesetzgebung zu erringen. Weiter betonte der Präsident nachdrücklich die Pflege des Geistes der internationalen Solidarität der Arbeiter, sowie die Nothwendigkeit, das sociale Problem der Gegenwart durch den Collectivismus zu lösen. Der Congress gab durch einen formellen Beschluß letzterer Ueberzeugung einen scharfen Ausdruck. Er nahm, wie wir schon vor einigen Tagen berichteten, mit 219 gegen 61 Stimmen einen Antrag Keir Hardies an, welcher die „Verstaatlichung“ aller Mittel der Production, der Vertheilung und des Austausches fordert.

Vor vier Jahren wurde eine Resolution, die ähnlich lautete, noch mit 363 gegen 55 Stimmen abgelehnt. Dieses Mal befand sich unter den mit Ja Stimmenden selbst das neue liberale Parlamentsmitglied für Leicester, Henry Broadhurst!

Damit stellte die erdrückende Majorität des Congresses sich durchaus auf den Boden der im socialdemokratischen Programm ausgesprochenen Prinzipien. Selbstverständlich ist die Bezeichnung „Verstaatlichung“ durchaus im Sinne der Bergesellschaftung zu nehmen. Es ist dem Antragsteller und der Congressmehrheit nicht eingefallen, dabei an ein „staats-socialistisches“ Experiment zu denken.

In der That, die Annahme dieses Antrages ist ein Sieg des Socialismus, der nicht hoch genug anzuschlagen ist! Und es blieb nicht bei diesem einen Siege. Der seit-herige Secretär des parlamentarischen Comitees, das Parlamentsmitglied Fenwick, hatte im Parlament die Forderung der gesetzlichen Einführung des Achtstundentages für Bergarbeiter bekämpft. Deshalb mußte er weichen. Der Congress übertrug das seitdem von ihm verwaltete Secretariatsamt auf einen durchaus zuverlässigen Mann, den Bergarbeiterführer Samuel Woods, welcher auch Parlamentsmitglied ist, und als Delegirter am internationalen Bergarbeitercongress in Berlin Theil nahm.

Sehr zahlreich waren — abgesehen vom Antrage Keir Hardies — die Resolutionen, welche zur Verhandlung beziehungsweise Annahme gelangten. Wir greifen nur die wichtigsten heraus:

1. Eine Resolution von Fenwick, die die Verschleppungsmethode im Parlament verurtheilt und das parlamentarische Comité beauftragt, auf Vereinfachung des Geschäftsganges im Parlament zu dringen. Einstimmig angenommen.

2. Resolutionen mit Bezug auf die Stellung zu den Genossenschaften. Sie wurden zu einer verschmolzen, die sich für gegenseitige Förderung der Genossenschaften und der Trades Unions ausspricht und den letzteren empfiehlt, ihre Statuten dahin abzuändern, daß es ihnen möglich wird, einen Theil ihrer Fonds in Productiv-Genossenschaften anzulegen, um auf solche Weise in den Besitz der Rohproducte und der Productionsmittel zu gelangen. Angenommen.

3. Resolution zu Gunsten der Zahlung von Diäten an Parlaments-Mitglieder und Deckung der technischen Wahlkosten aus den Gemeindesteuern. Angenommen, und desgleichen — mit 141 gegen 103 Stimmen — ein Zusatzantrag, der es rügt, daß der Schatzkanzler nicht schon im letzten Budget die Zahlung von Diäten vorgeesehen (Budgetposten unterziehen nämlich nicht der Controle des Lords, die nur das Gesamtbudget annehmen oder verwerfen können. Durch einfache Einstimmung der Diäten in's Budget soll die Einmischung der Lords in diese Frage umgangen werden, wie seiner Zeit bei Aufhebung des Zeitungstemplenz durch Gladstone.)

4. Resolutionen mit Bezug auf verschärfte Sicherheitsvorschriften im Bergwerksbetriebe und obligatorische Dampfkegel-Revisionen. Angenommen.

5. Eine Resolution, die Bekanntmachung (vor Abschluß im Parlamentsausgang und nach Anschluß in der „Labour Gazette“) aller Lieferungs- und Arbeitscontracte der Regierung verlangt. Angenommen.

6. Eine Resolution, die die wiederholte Vergebung der Lieferungen von Schweinefleisch für die Marine zc. an Ausländer verurtheilt. Mit 182 gegen 22 Stimmen angenommen. Hier war es, wo Will Thorne seinen Protest als „cosmopolitischer Demokrat“ einlegte.

7. Eine Resolution, die Verschärfung des Trade-Acts (darunter Verbot aller Abzüge für Plagiathe, Beleuchtung, Motormiethe, Fabriklassen zc.) verlangt. Angenommen.

8. Eine ursprünglich nur auf Bäckereien lautende Resolution zu Gunsten gesetzlicher Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden im Tag oder 48 Stunden pro Woche wurde durch Amendement auf alle Industrien ausgedehnt und alsdann mit 256 gegen 5 Stimmen angenommen. (Von dieser Resolution bleibt, wie am nächsten Tag festgestellt, die Resolution für die Bergarbeiter ausgeschlossen, weil die Letzteren streng am Achtstundentag festhalten.)

9. Eine Resolution, die die Regierung aufgefordert, die durch die Lords zu Fall gebrachte Pachtpflicht-Reform-Bill in der nächsten Session wieder einzubringen, wird einstimmig angenommen.

10. Eine Resolution, die Sicherstellung der ländlichen Arbeiter gegen Austreibung von Haus und Feld verlangt, nach dem Beispiel des Gesetzes über die Wohnstätten irischer Landarbeiter. Einstimmig angenommen.

11. Eine Resolution, die Vermehrung der Fabrikinspectoren und vermehrte Einstellung von Leuten verlangt, welche praktische Kenntniß der Industrie erworben (das

heißt, selbst in Fabriken gearbeitet haben). Einstimmig angenommen.

12. Eine Resolution, welche Festsetzung von Strafen für solche Unternehmer verlangt, die nach Orten, wo der Arbeitsmarkt genügend versehen ist, noch mehr Arbeiter einführen oder einführen lassen. Angenommen.

13. Eine Resolution, welche die Vergebung von Druckarbeiten der Regierung für mehr als drei Jahre verurtheilt. Angenommen.

Dazu einstimmig eine Resolution, welche die Regierung auffordert, nach Ablauf der bereits geschlossenen Verträge ihre sämtlichen Drucksachen in eigener Regie herzustellen zu lassen!

14. Der reactionäre Antrag der Miss Whyte, sich gegen die Bestimmung im Asquith'schen Fabrikgesetz-Entwurf zu erklären, die den Ministern bevollmächtigt, die Beschäftigung von Frauen in gewissen ungeheuren Berufen zu verbieten — fand auch nicht eine Stimme Unterstützung. Keine der übrigen weiblichen Delegirten stimmte für ihn.

15. Eine Resolution, die ein Verbot der Zulassung mittelloser Einwanderer fordert. Sie war beantragt von J. H. Kelly, dem Secretär des Schuhmacherverbandes und Vertreter der Bekleidungsindustrie, sowie J. D. Wilson, dem Leiter des Matrosen- und Heizer-Verbandes, traten eifrig für sie ein. Ch. Treace, der Delegirte der Londoner Schuhmacher, behauptete, daß die jüdischen Arbeiter seiner Branche vom Gewerkevereinsstandpunkt als „hoffnungslos“ zu betrachten seien, und wiederholte das oft gebrauchte Schlagwort: der jüdische Einwanderer sei „entweder Schwalzmeister oder Schwitzarbeiter“. Bei ziemlich zusammen-geschmolzener Vertheilung fand die Resolution Annahme mit 143 gegen 73 Stimmen.

16. Eine einstimmig beschlossene Resolution, die Aufnahme einer ganzen Reihe von scharfen, auf strenge Ueberwachung und Einengung des Schwitzarbeitersystems gerichtete Vorschriften in's Fabrikgesetz fordert.

17. Ein Antrag, eine Commission von 15 Mitgliedern zu wählen, die gemeinsam mit dem parlamentarischen Secretär einen Plan zur Centralisirung der noch zersplitterten Organisationen, Bildung von Districtsverbänden zc. ausarbeiten soll, wurde angenommen.

Schließlich fand noch eine Resolution Annahme, und zwar einstimmig, welche die Abschaffung des Hauses der Lords fordert.

Wir können uns mit dem Beschlusse unter 15, betreffend Verbot der Zulassung mittelloser Einwanderer, selbstverständlich nicht einverstanden erklären, verurtheilen ihn vielmehr auf's Schärfste und hoffen, daß der nächstjährige Congress ihn rückgängig machen wird. Uebrigens aber lassen die Verhandlungen und Beschlüsse des Congresses erkennen, wie Recht die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ hat mit ihrer dieser Tage gethanenen Erklärung: daß der Socialismus der organisierten englischen Arbeiterchaft außerordentlich um sich gegriffen habe.

Socales.

Breslau, den 18. September 1894.

[Krankenkassen und Aerzte.] Es giebt einige gute alte Sprichwörter: „Der Arbeiter ist seines Lohnes werth“. — „Wie das Geld, so die Waare.“ — „Billig ist theuer.“ — Sollten diese drei Ergebnisse des Volksvertrandes nicht auch auf die Beziehungen zwischen den Aerzten und den Krankenkassen oder deren Mitglieder passen? Wie kann ein Arzt dem Einen für 50 Pf. dieselbe Zeit und Mühe schenken, für die er einem Anderen 1, 2 oder 3 Mark berechnen muß? Nothwendig wird er ihm weniger Aufmerksamkeit zuwenden, er wird weniger fragen, weniger untersuchen, weniger beobachten, weniger nachdenken, also die Krankheit weniger erkennen und demgemäß weniger richtig, ja vielleicht ganz verkehrt behandeln. Ist dann nicht „billig“ sehr, sehr theuer, sowohl für den Patienten selber, als für die Seinen und für die Kasse, als auch für die Gesamtheit, deren producirendes Mitglied der Kranke möglichst bald wieder werden soll?

Man sagt, beim Kassenarzt müsse es „die Menge bringen“. Aber das ist ja das von den Arbeitern mit Recht verpönte Accordsystem! Auch beim Accord soll die größere Menge der verausgabten Kraft den Lohndruck ausgleichen, thut es aber nicht. Wenn irgendwo, ist der bekannte Ausspruch „Accordarbeit, Mordarbeit“ bei der Krank. abhandlung angebracht. Ein gewissenhafter Arzt kann eben nicht mehr als eine bestimmte Zahl von Patienten täglich überwachen. Das ist nicht bloß eine Frage der körperlichen, sondern auch der geistigen Anstrengung. Er muß eben ein einen Fall im Kopfe haben; das Krankheitsbild muß in seinem Geiste ein continuirliches sein. Wie ist das möglich, wenn er täglich dreißig und noch mehr Kranke behandeln soll? Der Arzt ist doch auch nur ein Mensch; schließlich ist er gezwungen, drei Minuten auf einen Patienten zu verwenden, für den eine halbe Stunde nöthig wäre.

Unsere Schlussfolgerung ist, daß man den Kassenärzten gegenüber keine Lohnrückerei anwenden darf, daß ihre einzelnen Dienstleistungen so honorirt werden müssen, daß sie sich nicht, um ihr Auskommen zu finden, überbürden und dadurch ärztliche Scheinarbeit leisten müssen, mit der den Kranken nicht geholfen ist.

[Eine Verwaltungsstreitsache wider die Stadtverordneten-Versammlung] steht unter Anderem auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, welche schon Donnerstag, den 20. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, stattfindet. Es handelt sich um die Nicht-Aufnahme in die Gemeinde-Wählerliste, die bekanntlich auch mit Beziehung auf den seiner Zeit eingelegten Protest des Tischlers Bergmann durch die Stadtverordneten-Versammlung ausgesprochen wurde. Die hierauf von Bergmann beim Bezirksausschuß unter dem 20. August eingereichte Klage gegen die Stadtverordneten-Versammlung liegt nunmehr dieser zur Gegenerklärung vor. Die Klage hat folgenden Wortlaut:

Wie unter Beweis gestellt werden kann, besitze ich alle Eigenschaften, die nach gesetzlichen Vorschriften zur Erlangung des Bürgerrechts in Breslau erforderlich sind. Insbesondere genüge ich auch den Vorschriften des hiesigen Gemeinde-Beschlusses vom 25. Juni 1874, da bei mir ein Jahreseinkommen von 900 Mark vorhanden ist.

Beweis: amtliche Auskunft des Magistrats zu Breslau.

Gleichwohl hat mein Name in der diesjährigen, für die Gemeindevahlen aufgestellten Wählerliste keine Aufnahme gefunden. Ein von mir deswegen unterm 25. Juli 94 eingereichter Einspruch ist von der Stadtverordneten-Versammlung durch Beschluß vom 9. August cr., zugestellt am 16. d. Mts., als unbegründet zurückgewiesen worden.

In der Verhandlung der Stadtverordneten führte der Referent aus, daß § 5 der Städte-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen, wenn er den Städten von mehr als 50,000 Einwohnern gestatte, die Erlangung des Bürgerrechts von einem Einkommen von 300 Thaler abhängig zu machen, damit nur ein steuerpflichtiges, nicht ein steuerfreies Einkommen meine.

Diese Auffassung ist unrichtig, denn die gedachte Bestimmung bezieht sich lediglich auf mahl- und schachtfeuerpflichtige Städte, in welchen jedes Einkommen bis zu 1000 Thaler von directer Steuer befreit war, also überhaupt ein steuerpflichtiges Einkommen von 300 Thlr. nicht existiert hat.

Uebrigens aber besitze ich auch ein objectiv steuerpflichtiges Einkommen von mindestens 900 Mark und habe die einem solchen Einkommen entsprechende, in der that ausreichenden kommunalen Steuerstufe von mehr als 660 bis „einschließlich“ 900 Mark bezahlt.

Beweis: wie oben.

Ich erhebe daher Klage im Verwaltungs-Streitverfahren gegen die Stadtverordneten-Versammlung zu Breslau gemäß § 10, 11 des Zuständigkeits-Gesetzes und beantrage:

die Beklagte zur Einzeichnung meines Namens in die Breslauer Bürger- und Wähler-Liste zu verurtheilen.

Unterschrift.

Hervorheben möchten wir ferner die Vorlage des Magistrats, betr. der Entwurf zum Neubau eines Volksschulhauses auf Lohestraße Nr. 22/24. Dasselbe soll aus dem Erdgeschosse und drei Obergeschossen bestehen. Jedes der drei Obergeschosse soll nach der Straße und nach dem Hofe zu je ein, also zwei Klassenzimmer, enthalten. In dem Erdgeschosse soll, weil der nach der Straße zu gelegene Raum wegen der ungünstigen Lichtverhältnisse sich zu Unterrichtszwecken nicht verwerten läßt, nur nach dem Hofe zu ein Klassenzimmer, nach der Lohestraße zu aber ein einseitiges Amtszimmer eingerichtet werden und ein zweiseitiges Zimmer für andere Zwecke verfügbar bleiben. Das Gebäude würde hiernach Raum zur Aufnahme von sieben Klassen- und einem Amtszimmer gewähren. Die Kosten sind auf 65,000 Mark berechnet und sollen auf eine zweijährige Bauperiode vertheilt werden. — Die sonst noch auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen betreffen Rechnungsprüfungen, Wahlen in städtische Ehrenämter u. s. w.

[Zur Breslauer Steuerreform.] Wie bereits kurz mitgeteilt, hielt der zur Vorberatung der vom Magistrat vorgelegten Beschlüsse über die Aenderungen in der Finanzverfassung gewählte Sonder-Ausschuß gestern, Nachmittags 4 Uhr, die erste Sitzung ab. Behandelt wurde über den Theil der Vorlage, welcher die gewerblichen Unternehmungen betrifft. Der Ausschuss erklärte sich für die Seiten des Magistrats gemachten Vorschläge und legte den bezüglichen Antrag des Stadtverordneten Markfeldt (Herabsetzung des Wasserzinses und Heranziehung auch der Mäher zu denselben) ab. Zwei Stunden währte darauf die Debatte über die Canalgebühr und die Dampfsteuer, zu einer Beschlußfassung kam es hinsichtlich dieser Angelegenheiten nicht.

Die nächste Sitzung des Ausschusses tagt am 24. September.

[Stadt-Theater.] Heute, Dienstag, gelangen Richard Wagner's „Meistersinger“ zur Aufführung.

Morgen, Mittwoch, geht Mozarts Oper „Die Entführung aus dem Serail“ in Scene.

[Vom Lobe-Theater.] Heute, Dienstag, findet die Premiere der Novitäten „Zu viel Ehre“, Schauspiel in einem Aufzuge, und „Der Mann im Schatten“ (überhaupt erste Aufführung), Komödie in vier Aufzügen, bei Anwesenheit des Autors Dr. Heuling statt.

[Verhaftungen.] Am 15. d. Mts. wurde ein junger Mann festgenommen, der verschiedene Schlafstuhlwinkel verübt hatte. — Ferner wurde ein Fleischergehilfe verhaftet, welcher seinem Dienstherrn zu wiederholten Malen Därme gestohlen hatte.

[Vermisst] wird seit dem 14. d. Mts. der Arbeiter Karl Kionka, Balmstraße 29 wohnhaft. Derselbe hat dunkles Haar, dunklen Schnurrbart und ist mit dunklem Anzug und Halbschuhen bekleidet.

[Unfug.] Am 14. d. Mts., Abends, legten zwei junge Leute auf der Fürstenstraße Steine auf die Schienen der elektrischen Bahn, wodurch ein Motorwagen zum Entgleisen gebracht wurde.

[Polizeiliche Meldungen.] Verhaftet am 15. und 16. d. Mts.: 172 Personen. — Gestohlen: aus einer Bodenkammer auf der Kurzen Gasse ein Oberbett; einem Wäbder ein Handwagen mit der Aufschrift: August Wittwer, Lessingstraße 9. — Abhanden gekommen: zwei goldene Trauringe, gez. „A. J. 11. 10. 85“, drei Portemonnaies mit 7 bezw. 20 und 200 Mark Inhalt, ein goldener Manschettenknopf; eine goldene Damen-Memorialuhr Nr. 18,097, eine goldene Damenuhr Nr. 27,299, ein silbernes Armband, ein Pincenez und ein Regenschirm. — Gefunden: ein Lehrszeugniß und ein Zehnmarkstück.

Stadt-Theater. Eröffnungs-Vorstellung. Sonnabend, den 15. September, ging im hiesigen Stadt-Theater vor gut besetztem Hause „Fidelio“ in Scene.

Sonst wurde, seit langen Jahren, unser städtischer Musiktempel stets mit „Lohengrin“ oder „Lamhäuser“ eröffnet; — mit diesem alten Herkommen hatte aber diesmal die Direction des Stadt-Theaters gebrochen, um die Ehre der Eröffnung der erhabenen Oper „Fidelio“ zu Theil werden zu lassen. Der künstlerischen Leistung der Schauspieler, sowie derjenigen des Orchesters können wir in Großen und Ganzen nur volles Lob spenden. Als Kenner des Bestenlebens eines politischen Gefangenen wirkte es besonders erheitend auf uns, als Herr Schläffenberg, der Darsteller des Florestan, in seiner Arie gegen den Schluß als ein eben erst aus langer, schwerer Kerkerhaft und mit Hunger empfindlich gestrafter befreiter Gefangener die kerngesunde Stimme eines robusten Herrn verrieth. Ein neu angeworbene Kraft war Rocco, der Kerkermeister, Herr Amblad. Seine Leistung als Charakterdarsteller befriedigte uns voll und berechtigt zu den besten Erwartungen.

Unsern Lesern aber können wir eine freundliche Beachtung des hier genannten städtischen Kunstinstituts nur empfehlen; es trägt der Theaterbesuch sicher zur Geistesbildung der Menschen bei.

Schlesien.

Provinzielle Rundschau.

Von der Cholera in Oberschlesien meldet die „Schles. Zig.“: In der Zeit von Sonnabend Abend bis zum 17. d. Mts. früh sind im hygienischen Institute der Universität Breslau im ganzen sechs neue Cholerafälle festgestellt worden, davon vier aus Siemianowiz und dessen nächster Umgegend und je einer aus Bogutshag und aus Laurahütte.

Am 17. d. Mts. sind im hygienischen Institute der Universität Breslau zwei Cholerafälle neu festgestellt worden. Der eine davon stammt aus Siemianowiz, der zweite aber aus Slawitz, einem Dorfe im Kreise Oppeln. Der letzterwähnte Fall ist höchst wahrscheinlich aus dem Rattowitzer Kreise vertrieben. Es handelt sich nämlich um die Erkrankung und den Tod eines Kindes, dessen Sohn vor acht Tagen aus Laurahütte nach Slawitz gekommen ist. Der Sohn selbst ist bisher vollkommen gesund, seine Mutter aber hat seit seiner Krankheit an leichteren choleraähnlichen Krankheitserscheinungen gelitten. Die Behörden werden dem Falle, wie stets bei dem sporadischen Auftreten der Seuche in Dörfern, die von dem bisher alleinigen Herde weit entfernt liegen, die äußerste Sorgfalt zu. Die Zahl der heute bei dem hygienischen Institute zur Untersuchung eingelieferten verdächtigen Fälle ist wieder nicht unbeträchtlich.

Unter den Hammer gebracht, d. h. subhastirt, (gerichtlich versteigert) werden dem „Oberchl. Anz.“ zufolge in Oberschlesien in der Zeit vom 17. bis 21. September 22 mittlere und kleinere Grundstücke. — Die Entzignung der kleinen Bauern nimmt immer größere Dimensionen an, sie wird und muß sie deshalb immermehr ins Lager der Socialdemokratie treiben.

SS Ereignis. Eine am 16. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, im Gasthof zum „Goldenen Frieden“ einberufene öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit der Constitution des Gewerkschafts-Cartells. Nach dem der Leiter der Versammlung, Herr Leichert, die Zwecke und Ziele des Cartells näher beleuchtet, wurde eine Commission zur Prüfung der Mandate der gewählten Delegirten ernannt, welche dieselben für richtig befand und von der Versammlung als gültig erklärt wurden. Dem Gewerkschafts-cartell haben sich bis jetzt folgende Berufe angeschlossen: die Handschuhmacher, Schneider, Korbmacher, Schuhmacher, Tischler, Holzarbeiter, Cigarrenarbeiter, Metallarbeiter, Bauhandwerker und Textilarbeiter. Verschiedene Berufe stehen noch aus und sollen dieselben ebenfalls zum Beitritt des Cartells herangezogen werden, da dasselbe bestimmt ist, die Interessen der gesamten Arbeiterschaft zu vertreten. Die hierauf folgende Statutenberatung nebst Geschäftsordnung rief eine eingehende Debatte hervor, doch wurde das von der Commission vorbereitete Statut mit nur wenigen, unwesentlichen Aenderungen angenommen. Es wurde ferner beschlossen, vom 1. October ab bis auf Weiteres jeder Sonntag nach dem Ersten eines jeden Monats eine Versammlung im Gasthof zum „Goldenen Frieden“ abzuhalten und zwar Nachmittags 3 Uhr. Der hierauf gewählte Vorstand besteht aus den Herren Leichert als Vorsitzenden, Seibt als Kassirer und Schlieder als Schriftführer, und ist somit das Gewerkschafts-cartell beschlossene Sache. Nachdem noch der Vorsitzende die bisherigen Gewerkschaften, welche dem Cartell noch nicht beigetreten sind, ersucht hatte, ihre Delegirten sobald als möglich zu wählen, damit die Mandate derselben bis zu der am Sonntag, den 7. October stattfindenden ersten Versammlung des Gewerkschafts-Cartells in die Hände des Vorstandes gelangen können, wurde die Versammlung um 2 Uhr Nachmittags geschlossen.

Brieg in Schlesien. Was nun? (Ein Wort an die nichtorganisirten Tabakarbeiter Briegs.) Wohl gar mancher Leser des „Gewerkschafter“ wird höchlichst erstaunt den Kopf geschüttelt haben bei der Nachricht von der plötzlichen und — wie ich der Wahrheit gemäß hinzusetzen muß — wenig rühmlichen Beendigung des Streiks, bei welchem, nachdem die Arbeiter sieben Wochen ausständig, resp. zuletzt ausgesperrt waren, die besten Aussichten auf einen vollständigen Sieg der Arbeiter in kurzer Zeit zu rechnen war. Zur Aufklärung diene kurz Folgendes: Einige Kollerinnen vermochten es, den Streikenden in der hinterlistigsten Weise in den Rücken zu fallen, indem dieselben heimlicher Weise sich Widel besorgen ließen und die Cigarren außerhalb der Fabrik fertigten und steckten dabei unversehens die Streikunterstützung ein!! Dann erschien der im „Gewerkschafter“ bereits genannte ehemalige Werkmeister Gemar, Mitglied jenes Werkmeisterverbandes, der bekanntlich mit Bollbampf im reactionären Fahrwasser segelt, und nahm Hausarbeit an. Ich möchte hierbei die Frage aufwerfen, ob etwa die Statuten des Werkmeisterverbandes einen Passus enthalten, laut welchem Herr Gemar verpflichtet war, zu unserem Schaden dem Unternehmer Lorenz während des Streiks seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen?? Auf andere Art ist wirklich die Handlungsweise des Gemar kaum zu erklären. Des Weiteren nahmen noch zwei Kollerinnen, eine Wickelmacherin und ein „auch Cigarrenmacher“ in der L. Fabrik Arbeit. So standen die Dinge in der siebenten Woche. Den Obgenannten wäre es wohl schwerlich gelungen, die stolze Firma: „Brieger Cigarrenfabrik“ über Wasser zu halten, und wir hätten getrost Muthes den Kampf weiterführen können, aber — es war mit der bisherigen Einigkeit zu Ende. Es wäre zweifellos dahin gekommen, daß ein guter Theil der Arbeiter nach Abschluß der siebenten Woche in Arbeit gelaufen, gleichviel unter welchen Bedingungen. Gesah dies, so war Herr Lorenz aus der Patsche und — die weiter Ausharrenden waren aufs Eis geführt. Darum wurde das Letzte versucht, was in letzter Stunde gethan werden konnte: Eine Deputation der Ausgesperrten begab sich zu Herrn Lorenz, und wurde nach längeren Auseinandersetzungen eine Einigung dahin erzielt, daß auf 6 Sorten der alte Lohn weitergezahlt wird, bei den übrigen Sorten der Abzug (25 Pf) in Kraft tritt. Hierauf wurde sofort der Streik für beendet erklärt. — Was nun? Anstatt zur Verbesserung, ist wieder ein weiterer Schritt zur Verschlechterung unserer Lage gethan! Traurig, aber wahr! Aber nicht nur um die Arbeitsbedingungen ist es am hiesigen Orte schlecht bestellt, auch in Betreff der Organisation sieht es noch trauriger aus; steht doch den circa 60 Mitgliedern am hiesigen Orte fast die vierfache Zahl Nichtmitglieder gegenüber! Wie lange soll das noch so weitergehen? Wie lange werden die Nichtmitglieder noch in der alten Gleichgiltigkeit dahinsinken, nur an ihr eigenes werthes Ich denkend, unbekümmert um ihre Pflicht gegenüber den anderen Arbeitern? Mühsen denn nicht gerade die Vorkommnisse der letzten Zeit einem Jeden klar gemacht haben, daß nur ein festes Zusammenstehen der Arbeiterschaft vor einer noch tieferen Verelendung bewahren kann? Wagt jetzt noch Jemand zu behaupten, daß unsere Organisation zu Nichts gut ist? Wenn wir Tabakarbeiter Alle unserem Verein angehörten, dann könnte der Verein viel mehr leisten als heute, die Organisation würde uns nicht nur in den Stand setzen, Lohnherabsetzungen u. A. abzuwehren, sondern wir würden auch im Stande sein, Lohnherabsetzungen zu erzielen. Aber was nützt es heute, wenn ein kleines, tapieres Fähnlein im Vordertreffen steht und die übrige große Masse steht unbewaffnet, das heißt unorganisiert, da? Wenn unsere Führer auch noch so tüchtige Strategen, noch so umfichtige Feldherren sind, kann ein Feldherr etwas ausrichten ohne eine wohldisciplinirte, zuverlässige Armee? Es geht da halt

Stadt-Theater.

Dienstag:
„Die Meisterfänger.“

Lobe-Theater.

Dienstag: Zum ersten Male.
„Zu viel Ehre.“
Hierauf zum ersten Male:
„Der Mann im Schatten.“
Mittwoch:
„Zu viel Ehre.“
„Der Mann im Schatten.“
In Vorbereitung:
„Die Weber.“

Victoria-Theater

(Stimmenauer-Garten.)
Täglich:
Specialitäten-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Achtung.

Alle Diejenigen, welche noch Programme von der Lassa-Feier zu verrechnen haben, werden hiermit aufgefordert, dies umgehend thun zu wollen, damit die Abrechnung fertig gestellt werden kann.

Der Vorstand
des soziald. Arbeiter-Vereins.

Neu erschienen:

Die
Bewegung in Sizilien
im Hinblick
auf die letzten Verurtheilungen

von
Adolfo Rossi.
Deutsch von Leopold Jakoby.
Preis 75 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Achtung!

Wolle, beste Qualität 18 Pf.
Glanzwolle 23 Pf.
Männerhemden-Wolle 90 Pf.
Frauenhemden-Wolle 90 Pf.
Engl. Lederhosen Mk 2.25
Taschentücher von 5 Pf.
Handtücher von 15 Pf.
Strohschuhe von 80 Pf.
Bettdecken von 90 Pf.

L. Fraenkel

Bohrerstraße 33.

Sobald erscheint:

Die Jesuitenfrage.
Eine politisch-geschichtliche
Abhandlung

zur
Aufklärung des arbeitenden Volkes
von
F. Lütgenau.

Preis 40 Pfennig.

Sobald erscheint:

John der Schreckliche
von England.

Heft 16 der Serie „Schreckliche“.
Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch alle Kolportage-
und durch die Expedition d. Bl.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Sozialerband Breslauer
Lagerer-Gehilfen. Jeden
Mittwoch Vereins- u. Kaffeabend in
F. L. S. Brauerei, Remmell 8. —
Aufnahme neuer Mitglieder. — Der
Arbeitsnachweis jeden Abend von
8-9 außer Sonn- und Feiertag.

Einladung
zu dem am Sonnabend, den 29. September 1894, in Weirauch's
Etablissement „zum Königsgrund“, Lohestr. 45, stattfindenden
Kränzchen
verbunden mit scherzhaftem Cotillon, veranstaltet von der Freien
Vereinigung aller in der Stroh- und Filzhutbranche beschäftigten
Arbeiter etc. Anfang 8 Uhr.
Entrée: Herr incl. Dame 60 Pfg., einzelne Dame 30 Pfg.
Es ladet ergebenst ein
Das Fest-Comité.

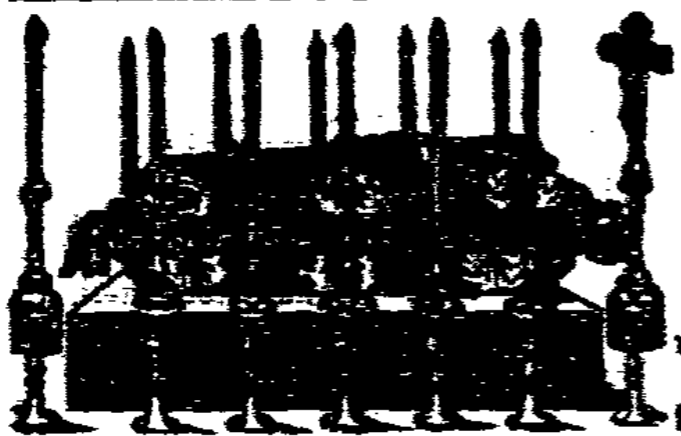
Bekannt billigste Bezugsquelle.



Leopold Bertmann,
Damenmüchel-Fabrik.
Reuschestr. 55 „Zur Plauenke“,
Parterre u. I. Etage.
Grösste Auswahl
in den bedeutend erweiterten, hellen Localitäten.

Rum-, Spirit- und Liqueur-Fabrik.

Edwin Delahon,
Fabrik: Remmell 6. Filiale: Friedrich-Wilhelmstraße 40b.
Haltstelle der Elektrischen Bahn. Telephon Nr. 807.



Th. Muszynski's
Sarg-Magazin
Gräbnerstraße Nr. 40
empfiehlt
sein großes Lager von 2641
Särgen
von den einfachsten bis zu den
eleganteren zu
billigsten Preisen.

In dem Vorderbanne der großen Volkswacht-Druckerei

bei **Gustav Hauschner,**
Neue Graupenstr. 5

2958
kauft man viel billiger als Ueberall
Mode-Schnittwaaren, Leinen, fertige Wäsche,
Tischzeuge, Flanelle, doppeltbreite gute Damenuche
in allen Farben, Meter 70 Pfg.

Großes Lager in Jaquets, Damen-, Mädchen-
und Kinder-Kleider, auch nach Maß,
schnell, sauber und bei weitem billiger als Ueberall.

Arbeiter-Jaquets, Hosen, Jacken, warme Eskimo-Handen,
Stiefel u. 90 Pf. an, Schirme, Capotten, Kopf- u. Taillen-
tücher, Strümpfe und Socken, Handschuhe, Chemisette,
Stulpen, Tragen und Gravatten viel billiger als Ueberall.
No. 5, Neue Graupenstr. No. 5.

Das kommunistische Manifest.

Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels.
2 Bogen in elegantem Umflag.
Preis 15 Pfennig. Porto 5 Pfennig.
Das im Jahre 1847 verfaßte Manifest ist die bedeutendste
Schrift der sozialistischen Literatur. Trug der 45 Jahre Zeitlichkeit
haben die darin angeführten allgemeinen Grundsätze im Ganzen heute
noch ihre Richtigkeit; und die hier in unerschütterlicher Klarheit und
programmatischer Kürze entwickelte Marx-Engels'sche Auffassung ist
heute die wissenschaftliche Grundlage der sozialistischen Bewegung aller
Länder geworden.
Zu beziehen durch die
Expedition d. Blattes.

Billigste und größte Puhhandlung

En gros. **Breslau's.** En détail.
Größte Auswahl
elegant garnirter
Damen- und Mädchen-
Hüte



von dem billigsten bis zum
allerfeinsten Genre
zu enorm billigen Preisen.

Trauerhüte
in geschmackvollster Ausführung.
Pariser Modellhüte
und Cyprien denkbar billigst.

Annahme
von
Damenhüten u. Umpressen
nach neuesten Formen.



Echte Wollfilzhüte
mit Seidenbraut in allen Farben
von 80 Pfennigen an.

Capotten in Blüsch, Sammet, Chenille und Tuch in allen
Größen, enorm billig. — schleier v. 15 Pf. an.

M. Tichauer,
47, Reusche-Strasse 47,
Parterre und 1. Etage. 2977

In zweiter Auflage erschien soeben: Knechtschaft und Freiheit.

Zur Aufklärung über unsere Zustände und die Ziele der Sozialdemokratie
im Auftrage und unter Mitwirkung der sozialdemokratischen Agitations-
Kommission zu Biegen herausgegeben von Oswald Köhler.
Preis 20 Pf. — Porto 3 Pf. — Bei Abnahme von größeren Posten
zur Agitation nach Uebereinkunft. — Wiederverkäufer hohen Rabatt.
R. Schnabel, Verlagsbuchhandlung, Dresden, Zwingerstr. 8.
Der schnelle Absatz der ersten 10 000 Exemplare starken Auflage
dürfte die beste Empfehlung der kleinen Schrift sein. 2639

Über 600 Illustrationen und Kartendollagen.
Verlag des Bibliograph. Instituts in Leipzig.
MEYERS
KONVERSATIONS-LEXIKON
VIERTE AUFLAGE.
Das 1. Heft und den 1. Band liefert jede Buchhandlung
zur Ansicht.
200 Hefte à 50 Pfennig. — 10 Heftfranzendo à 10 Mark.

Die Bibel

oder die sogenannten heil. Schriften der Juden u. Christen.
Eine gemeinfassliche Darstellung ihrer Entstehung, sowie Erklärung der
Bedeutung ihres Inhalts nach den neuesten welt-, cultur- und sprach-
geschichtlichen Forschungen.
Preis: Fein geb. Mk. 4,50, brosch. Mk. 3,50.
Auch in 38 Lieferungen à 10 Pf.

Zu beziehen durch die **Exped. d. „Volkswacht“.**

In A. Hoffmann's Verlag, Berlin O, 27, erschien soeben:

Agnes Wabnitz.

Von B. Glogau.
Eine Frauenstimme aus der Bourgeoisie.
Preis 50 Pfg. (Porto 5 Pfg.)
Verlagskataloge auf Wunsch gratis und franko.
Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht“.